

Militärmacht Europa:

Explodierende Rüstungsausgaben



Impressum

Redaktionelle Bearbeitung erfolgte durch:

Informationsstelle
Militarisierung e.V.



Gestaltung: Thorsten Hädicke

Grafiken: Ein Teil der Grafiken wurden von uns unter Angabe der jeweiligen Originalquelle aus urheberrechtlichen Gründen inhaltlich unverändert neu gestaltet.

April 2021

Herausgeberin: Özlem Alev Demirel

Europäisches Parlament

ASP 02G351

Özlem Alev Demirel

Rue Wiertz 60

1047 Brüssel

Telefon 0032 2 28 45589

oezlem.demirel@europarl.europa.eu

www.oezlem-alev-demirel.de

www.guengl.eu



Vorwort



Liebe Leser*innen,

in dieser kleinen Broschüre geht es um große Summen: Zig Milliarden Euro wollen die Europäische Kommission und die EU-Staaten in den nächsten Jahren

in die Aufrüstung stecken. Mit verschiedenen Projekten wird die Militarisierung der EU Schritt für Schritt vorangetrieben. In der Öffentlichkeit wird diese brandgefährliche Entwicklung noch viel zu wenig wahrgenommen. Ich hoffe, dass diese Broschüre dazu beitragen kann, das zu ändern. Denn dass die Europäische Union nun erstmals über eigene Rüstungshaushalte verfügt, droht ihren Charakter grundlegend zu verändern. Politisch beschlossen wurde zum Beispiel der Europäische Verteidigungsfonds (EVF) zwar von einer Mehrheit des Parlaments, ausgestattet ist er mit knapp 8 Milliarden Euro für die Jahre 2021 bis 2027.

Nun hat das Europaparlament aber keinen relevanten Einfluss mehr auf die konkrete Verwendung der Gelder. Gegen diese, übrigens dem EU-Vertrag widersprechenden Beschlüsse muss es Widerstand geben. Politisch muss Druck auf die Abgeordneten ausgeübt werden, damit der in dieser Broschüre beschriebene drastische Militarisierungsversuch rückgängig gemacht wird. Abrüstung ist das Gebot der Stunde. Investiert werden muss in eine soziale Infrastruktur, in die Armutsbekämpfung, in den Klimaschutz, kurzum: in eine sichere Zukunft. Rüstung aber schafft keine Sicherheit, bietet keine Zukunftsperspektive. Aufrüstung beschert einigen Konzerne Profite und schafft in einer ohnehin mehr als komplizierten Weltlage weitere Unsicherheiten und Gefahren. Dagegen müssen wir uns gemeinsam wehren!

Herzlich

Özelm Alev Demirel

Militärmacht Europa: Explodierende Rüstungsausgaben

Als das „herausstechende Merkmal“ unserer Zeit identifizierte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Anfang 2019 die „Wiederkehr der Konkurrenz großer Mächte“. Im selben Atemzug betonte sie: „Ob wir wollen oder nicht, Deutschland und Europa sind Teil dieses Konkurrenzkampfs. Wir sind nicht neutral.“

Seit Jahren stecken die USA, aber auch die EU-Länder und insbesondere Deutschland immer mehr Geld in die Militärhaushalte, um gegen die erklärten Rivalen China und Russland gerüstet zu sein (und gleichzeitig die Fähigkeit für Militärinterventionen im Globalen Süden aufrecht zu erhalten).

„Es geht um ein Europa, das auch militärisch mehr Gewicht in die Waagschale werfen kann. Der Aufbau von Fähigkeiten und Strukturen ist das eine. Das andere ist der gemeinsame Wille, das militärische Gewicht auch tatsächlich einzusetzen, wenn es die Umstände erfordern.“

(Ursula von der Leyen, EU-Kommissionspräsidentin, Münchner Sicherheitskonferenz, 16.2.2018)

Hierfür gab die Europäische Union bereits im Juni 2016 in ihrer „Globalen Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU“ (EUGS) das Ziel aus, „militärische Spitzenfähigkeiten“ anzuschaffen. Als

„Interessen“ nennt das Dokument ein „offenes und faires Wirtschaftssystem“ und den „Zugang zu Ressourcen“. Als mögliche militärische Einsatzgebiete werden Länder östlich „bis nach Zentralasien“ und im Süden „bis nach

Zentralafrika“ benannt. Auch der „Schutz“ von Handelswegen „im Indischen Ozean“, „im Mittelmeer“, am „Golf von Guinea“ und sogar bis hin zum „Südchinesischen Meer“ und der „Straße von Malakka“ wird aufgelistet.

NATO

Angaben in Mrd. Dollar

2015	895
2018	972
2020	1092

Quelle: NATO (Angaben in Mrd. Dollar. 2020 ist eine NATO-Hochrechnung). Zum Vergleich: Laut SIPRI beliefen sich die Militärausgaben Chinas auf 261 Mrd. Dollar, die Russlands auf 65 Mrd. Dollar (beides 2019).

EU

Angaben in Mrd. Euro

2014	195
2015	200
2016	207
2017	214
2018	235
2019	242

Quelle: EU-Verteidigungsagentur (EVA) in Mrd. Euro (in Preisen von 2019). Die Zahlen summieren die Militärausgaben von 26 EU-Staaten (Dänemark ist ausgeklammert).

Deutschland

Angaben in Mrd. Euro

2000	24,30
2006	27,78
2010	31,11
2014	32,45
2016	34,28
2018	38,50
2019	43,20
2020	45,20
2021	46,90

Quelle: BMVg (in Mrd. Euro). Zahlen für 2021 inklusive Gelder aus dem Corona-Paket. Im offiziellen Haushalt fehlen viele in anderen Budgets versteckte Militärausgaben. Realistischer sind deshalb die Ausgaben nach NATO-Kriterien, die 2021 mit 53,03 Mrd. Euro deutlich höher ausfallen.

Säulen der Europäischen Rüstungsunion

Vor allem drei Faktoren treiben den Ausbau des EU-Militärapparates seit einigen Jahren voran: Die (nicht unwesentlich selbstverschuldete)

Eskalation im Verhältnis zu Russland; die seit dem Austrittsreferendum 2016 beendete Rolle Großbritanniens als Bremser in Sachen EU-Aufrüstung; und der (Teil-)Rückzug der USA, der (auch unter dem neuen US-Präsidenten Joseph Biden) als Legitimation dient, umfassendere Rüstungsbemühungen anzustrengen.

Die anvisierte Verteidigungs- bzw. Rüstungsunion soll auf drei Pfeilern beruhen: Politisch sollen Entscheidungswege „beschleunigt“ werden, u.a. durch die Einführung eines Europäischen Sicherheitsrates und die Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen. Operativ soll das seit

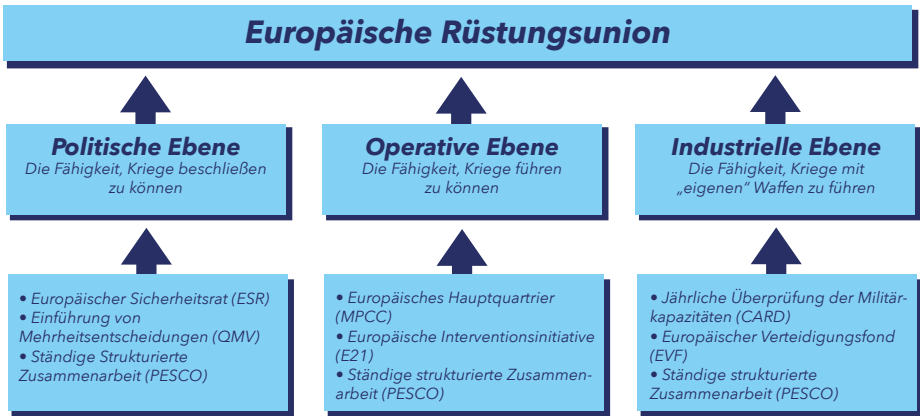
„Um zu vermeiden, dass wir zu den Verlierern des Wettbewerbs zwischen den USA und China werden, müssen wir die Sprache der Macht neu erlernen und uns selbst als geostrategischen Akteur der obersten Kategorie begreifen. [...] Ob durch den Einsatz der europäischen Handels- und Investitionspolitik [...] oder durch die stärker werdenden Sicherheits- und Verteidigungsinstrumente – wir haben viele Ansatzpunkte, um Einfluss zu nehmen...“ (Joseph Borell, EU-Außenbeauftragter, 13.02.2020)

Juni 2017 existierende EU-Hauptquartier, das aktuell „nur“ kleinere Militäreinsätze planen und leiten kann, wohl weiter ausgebaut werden. Und der industrielle Pfeiler soll dafür Sorge tragen, dass über die „Ständige Strukturierte Zusammenarbeit“ (engl. PESCO) Rüstungs-großprojekte angeschoben und mittels des „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF) finanziert werden. Die PESCO soll sich zum neuen Herz der EU-Militärpolitik

entwickeln, indem den teilnehmenden EU-Staaten strenge Rüstungskriterien auferlegt werden. Dazu gehört u.a. eine „regelmäßige reale Aufstockung der Verteidigungshaushalte“.

Zeitleiste: EU-Militarisierung 1954-2020

- 1954:** Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG).
- 1992:** Vertrag von Maastricht: Einführung der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP).
- 1997:** Vertrag von Amsterdam. Die Westeuropäische Union (WEU) und damit auch die sog. Petersberg Aufgaben („humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze, friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung einschließlich friedensschaffender Maßnahmen“) werden mit dem Vertrag in die Europäische Union überführt.
- 1999:** Helsinki Headline Goal: Beschluss zum Aufbau einer EU-Eingreiftruppe mit 60.000 Soldaten (einschließlich Ruhe- und Rotationskontingente (180.000). Ursprünglicher Radius 4.000km um Brüssel (heute weltweit).
- 2003:** Erste EU-Militäreinsätze (Mazedonien und Kongo); Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie.
- 2004:** Headline Goal 2010: Beschluss der Battlegroups, zwei je 1.500 Soldaten umfassende schnell verlegbare Kampfeinheiten, die permanent abrufbereit stehen.
- 2009:** Vertrag von Lissabon tritt in Kraft. Der EU-Militärbereich wird in die „Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik“ (GSVP) unbenannt.
- 2010:** Der „Europäische Auswärtige Dienst“ (EAD) nimmt seine Arbeit auf. Er vereint verglichen mit der nationalen Ebene das Verteidigungs-, Außen- und große Teile des Entwicklungsministeriums.
- 2013:** „Rüstungsgipfel“. Erstmals seit 2008 widmet sich der Rat allein militärischen Fragen.
- 2016:** Verabschiedung der EU-Globalstrategie, die die EU-Sicherheitsstrategie als wichtiges Dokument in diesem Bereich ersetzt. Verteidigungsaktionsplan der Kommission zur Schaffung eines europäischen rüstungsindustriellen Komplexes.
- 2017:** Einrichtung des „Militärische Planungs- und Führungsfähigkeit“ (MPCC) genannten EU-Hauptquartiers. Aktivierung der „Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit“ (PESCO).
- 2018:** Kommissionsvorschlag für die Verordnung zur Einrichtung des „Europäischen Verteidigungsfonds“ (EVF).
- 2019:** Erster Zyklus der „Koordinierten jährlichen Überprüfung der Verteidigung“ (CARD) ist abgeschlossen. Einrichtung eines EU-Rüstungsministeriums, der „Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum“.
- 2020:** Geplantes „Richtfest“ (Ursula von der Leyen) der EU-Verteidigungsunion.



Rüstungshaushalte & Rüstungsministerium

Im Mai 2018 schlug die Kommission vor, erstmals mehrere offizielle Militärbudgets im EU-Haushalt 2021 bis 2027 einzurichten. Dazu gehören Gelder für die wichtigsten militärisch relevanten Weltraumprogramme (v.a. Copernicus und Galileo) sowie für „Militärische Mobilität“ zur „Ertüchtigung“ der Infrastruktur für schnelle Güter- und Truppenverlagerungen in Richtung Russland. Ferner

wurde ein „Europäischer Verteidigungsfonds“ zur Erforschung und Entwicklung von Rüstungsgütern eingerichtet. In etwa zur selben Zeit wurde auch eine „Europäische Friedensfazilität“ auf den Weg gebracht, die zwar kein offizieller Teil des EU-Haushaltes ist, über die aber dennoch EU-Militäreinsätze und die Aufrüstung und Ausbildung „befreundeter“ Akteure finanziert werden soll. Die Verwaltung dieser Militärbudgets wird im Wesentlichen von der eigens hierfür Ende 2019 ins Leben gerufenen „Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum“ übernommen.

„[E]ine neue Generaldirektion (GD) [ist] eine Art Ministerium für europäische Verteidigung und Rüstung.“

(Becker, Peter/ Kempin, Ronja: Die EU-Kommission als sicherheits- und verteidigungspolitische Akteurin. SWP-Aktuell A34. Juni 2019. S. 5)

Nach langen Verhandlungen kam es Ende 2020 zu einer Einigung über den EU-Haushalt 2021 bis 2027: Eingestellt sind nun €7,953 Mrd. für den Europäischen Verteidigungsfonds (davon entfallen auf Forschung €2,651 Mrd. und auf

Entwicklung €5,302 Mrd.). Weiter vorgesehen sind für die Militärische Mobilität €1,691 Mrd. und für die EU-Weltraumprogramme €14,880 Mrd. Und schließlich

soll die Europäische Friedensfazilität mit €5,7 Mrd. befüllt werden.

„Es geht einfach darum, Europa auf dem geostrategischen Schachbrett der Welt zu behaupten. [...] In dieser Hinsicht ist der Europäische Verteidigungsfonds das Instrument, das Europa in die Lage versetzt, [...] die von den Mitgliedstaaten benötigten Fähigkeiten bereitzustellen.“

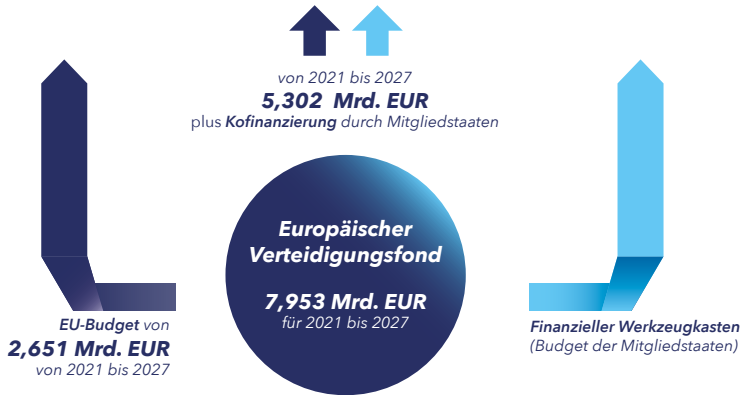
(Industriekommissar Thierry Breton, Chef der Generaldirektion Verteidigungsindustrie und Weltraum).

Forschung **Fähigkeit**

Forschung

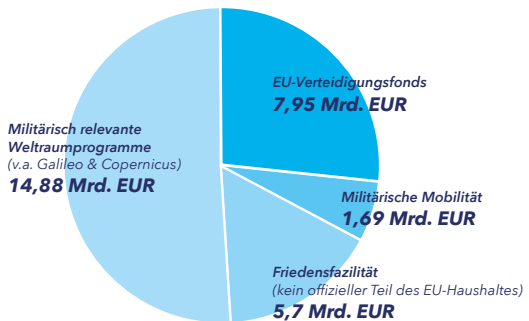
Entwicklung

Erwerb



Quelle: Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds (COM(2017) 295 final), Brüssel, den 7.6.2017.

Quelle: Verordnung 2020/2093 des Rates vom 17. Dezember 2020 zur Festlegung des mehrjährigen Finanzrahmens für die Jahre 2021 bis 2027 (in aktuellen Preisen). Weitere „sicherheitsrelevante“ Budgets sind zB „Migration und Grenzmanagement“ (€25.699 Mrd.) oder der „Fonds für die innere Sicherheit“ (€1,931 Mrd.), 2027 (in aktuellen Preisen). Weitere „sicherheitsrelevante“ Budgets sind zB „Migration und Grenzmanagement“ (€25.699 Mrd.) oder der „Fonds für die innere Sicherheit“ (€1,931 Mrd.).



EVF: Illegal und ohne Kontrolle

Die wichtigste Rechtsgrundlage der Europäischen Union, der seit 2009 geltende „Vertrag von Lissabon“ (EUV), verbietet es in Artikel 41(2) – eigentlich – kategorisch, EU-Haushaltsgelder für militärische Belange zu verwenden.

Dieses Verbot betrifft allerdings nur die Außen- und Militärpolitik, weshalb die Kommission kurzerhand behauptet, beim EU-Verteidigungsfonds ginge es primär um Wettbewerbsförderung, weshalb der EVF Sache der Industriepolitik sei. Ein Gutachten des Bremer Juraprofessor Andreas Fischer-Lescano vom 30. November 2018 kam allerdings zu dem Ergebnis, der Gesetzesvorschlag der Kommission enthalte „keine hinreichende Rechtsgrundlage für die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds.“ Was sich hier abspiele sei eine „Militarisierung der EU auf den Trümmern des Rechts.“ Während außerdem die im Rat versam-

„Die operativen Ausgaben im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Kapitels [Außen- und Militärpolitik] gehen ebenfalls zulasten des Haushalts der Union, mit Ausnahme der Ausgaben aufgrund von Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen.“

(Artikel 41(2) EUV)

melten Staats- und Regierungschefs faktisch ein Vetorecht über die Vergabe der EVF-Gelder erhalten sollen, sind für das Europäische Parlament keine nennenswerten Kontrollbefugnisse vorgesehen. Es soll lediglich im Nachhinein jährlich über die verausgabten Gelder informiert

werden, mitzuentcheiden hat es aber nichts.

Hier schreibt sich die generelle Machtlosigkeit des Parlamentes (und des Gerichtshofes) in europäischen Militärfragen fort. Faktisch

hat die EU die Gewaltenteilung in der Frage von Krieg und Frieden aufgehoben!



„Kurzum: Es gibt im Inhalt und der Begründung der EVF-VO [Verordnung] deutliche Indizien, dass die in der VO geregelte Industrie- und Forschungsförderung nur ein Mittel zum eigentlichen Zweck der Verteidigungsförderung darstellt und dass der Hauptzweck der EVF-VO darin liegt, die strategische Autonomie der EU im Bereich der Verteidigung zu gewährleisten.“

(Prof. Dr. Andreas Fischer-Lesacano)

„Wir beschließen etwas, stellen es in den Raum und warten dann einige Zeit ab, ob was passiert. Wenn es dann kein großes Geschrei gibt und keine Aufstände, weil die meisten gar nicht begreifen was da beschlossen wurde, dann machen wir weiter - Schritt für Schritt, bis es kein Zurück mehr gibt.“

*(Jean-Claude Juncker,
EU-Kommissionspräsident 2014 bis 2019)*

Europäisches
Parlament in
Brüssel.

Quelle: Alina Zienowicz
Ala z [CC BY-SA 3.0]



„Der Gerichtshof der Europäischen Union ist nicht zuständig für die Bestimmungen hinsichtlich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und für die auf der Grundlage dieser Bestimmungen erlassenen Rechtsakte.“

(Artikel 275 AEUV)

„Der Hohe Vertreter der Union für Außen- und Sicherheitspolitik hört das Europäische Parlament regelmäßig [...] und unterrichtet es über die Entwicklung der Politik in diesen Bereichen. [...] Das Europäische Parlament kann Anfragen oder Empfehlungen an den Rat und den Hohen Vertreter richten.“

(Artikel 36 EUV)

EU-Friedenfazilität: Geld für Waffenexporte

Um einen besonders „interessanten“ Topf handelt es sich bei der im März 2021 beschlossenen „Europäischen Friedensfazilität“ (EFF). Über sie werden mit 5,7 Mrd. Euro im EU-Haushalt 2021 bis 2027 sowohl EU-Militäreinsätze und – sogar

noch heikler – Waffenlieferungen an „befreundete“ Staaten finanziert. Weil beides aber – selbst nach den jüngsten Neuauslegungen – den EU-Vertrag verletzen würde, hat man die EFF als „haushaltsexternes Instrument“ außerhalb des EU-Budgets angesiedelt. Das hat den weiteren „Vorteil“, dass der Fonds der Kontrolle des Europäischen Parlamentes entzogen ist.

„Die sogenannte Friedensorganisation EU soll jetzt zum internationalen Waffenlieferanten aufsteigen. So etwas nennt man dann wohl ‚Paradigmenwechsel‘. [...] Nicht zu vergessen, 2012 hat die Europäische Union den Friedensnobelpreis bekommen – wofür eigentlich?“

(Georg Restle, Monitor, 11.3.2021)

Die EFF hat das Ziel, ein „Anreizsystem für die Mitgliedstaaten zu schaffen“, damit künftig „militärische EU-Operationen [...] leichter durchgeführt werden können“, wie es bereits im ersten EFF-Vorschlag vom Juni 2018 hieß. Hierfür können nun

35-40% (statt bislang ca. 10%) der Einsatzkosten über diesen Haushalt abgerechnet und damit auf alle Länder verteilt werden.

Außerdem soll die EFF die „Ertüchtigung“, die Ausbildung und Ausrüstung „befreundeter“ Staaten und die Finanzierung ihrer Militäreinsätze „verbessern“. Lange war dabei vor allem umstritten, ob über die EFF auch tödliches Gerät finanziert werden kann. Doch auch das ist nun möglich, wodurch sich die EU eine gut gefüllte Kriegskasse zugelegt hat, um Waffenlieferungen in den Globalen Süden zu subventionieren.

Die Profiteure: Konzerne und Lobbyisten

Wichtige EVF-Vorarbeiten leistete bereits eine im Juli 2015 auf Einladung der damaligen EU-Industriekommissarin Elżbieta Bienkowska zusammengesetzte 16köpfige „hochrangige Gruppe“ aus Industrievertretern und Militärpolitikern.

Generell ist die Rüstungslobby in Brüssel überaus präsent: Laut <https://lobbyfacts.eu> kam es allein im Jahr 2018 zu 180 Treffen von Airbus-Lobbyisten mit der Kommission, der zweitgrößte EU-Rüstungskonzern, Leonardo, brachte es „immerhin“ im selben Zeitraum auf 42 Treffen. Dahinter rangierten Thales mit 24 Treffen und die Naval Group mit 12.

Über den Europäischen Verteidigungsfonds soll vor allem die Realisierung von drei deutsch-französischen Rüstungsprojekten querfinanziert werden: Eine waffenfähige Eurodrohne (MALE RPAS)

wird bereits über EU-Gelder subventioniert. Geplant ist auch einem Kampfpanzer (MGCS) mit einem geschätzten Gesamtvolumen von 100 Mrd. Euro und einem Kampfflugzeug (FCAS), das insgesamt sogar bis zu 500 Mrd. umsetzen

könnte, über den EVF finanzielle Starthilfe zu geben.

„Der europäische Markt allein reicht nicht aus, um die großen deutsch-französischen und europäischen Ausrüstungsvorhaben wirtschaftlich tragfähig zu machen, wie den neuen deutsch-französischen Kampfpanzer oder die nächste Generation von Kampfflugzeugen.“

(Anne-Marie Descôtes, französische Botschafterin in Deutschland)

Ohne umfassende Exporte werden sich diese Projekte aber nicht realisieren lassen. Aus diesem Grund wird versucht, die Rüstungsexport-

richtlinien möglichst weit zu verwässern. Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer gab an, künftige EU-Rüstungsexportrichtlinien könnten „nicht so strikt wie die deutschen Vorschriften sein“.

Illustre Lobbygruppe für den EU-Verteidigungsfonds



Quelle:© European Union

Die Group of Personalities aus dem Jahr 2016 leistete wichtige Vorarbeiten für den EU-Verteidigungsfonds:
 Fernando Abril-Martorell (CEO Indra*); Carl Bildt (Ex-Premierminister Schweden); Antoine Bouvier (CEO MBDA*); Håkan Buskhe (CEO Saab*); Paul de Krom (CEO TNO); Tom Enders (CEO Airbus Group*); Michael Gahler (MdBEP); Elisabeth Guigou (französische Politikerin (PS)); Ian King (CEO BAE Systems*); Bogdan Klich (Ex-Verteidigungsminister Polen); Federica Mogherini (EU-Außenbeauftragte); Mauro Moretti (CEO Finmeccanica*); Reimund Neugebauer (Präsident Frauenhofer-Gesellschaft); Arndt Schoenemann (Vorsitzender ASD); Teija Tiilikainen (Chefin FIIA); Nick Witney (Ex-Chef EU-Verteidigungsagentur) * Vertreter der Rüstungsindustrie.

Sipri Top-EU-Unternehmen

Angaben in Mrd. Dollar

1	Airbus (D/F)	11,266.57
2	Leonardo (I)	11,109.27
3	Thales (F)	9,251.68
4	Dassault (F)	5,708.84
5	Safran (F)	4,413.05
6	Naval Group (F)	4,155.14
7	Rheinmetall (D)	3,942.46
8	Saab (SW)	3,185.19
9	KNDS (D/F)	2,798.45
10	Fincantieri (I)	1,682.74
11	Hensoldt (D)	1,247.17
12	Indra (Sp)	633.57
13	Diehl (D)	577.60
14	John Cockerill Defense (B)	548.16

Quelle: DefenseNews Top 100. Alle Angaben in Mrd. Dollar für das Jahr 2019. Berücksichtigt wurde nur der Umsatz der Rüstungssparte.

Zur weiteren Information:

Studie: PESCO - das Herz der Europäischen Aufrüstung

Özlem Alev Demirel hat eine Studie herausgegeben, welche sich ausführlich mit der zunehmenden Militarisierung der Europäischen Union befasst. Im Mittelpunkt der von Jürgen Wagner erstellten Studie steht PESCO – ein Kernprojekt europäischer Aufrüstungspolitik.

„PESCO“, diese Abkürzung wird womöglich in wenigen Jahren ähnlich symbolhaft für die schrecklich verfehlte Politik der EU stehen wie aktuell die EU-Grenzschutzagentur „FRONTEX“. PESCO steht für die „Ständig Strukturierte Zusammenarbeit“ eines Großteils der EU-Staaten. In der Broschüre beleuchtet Wagner die Mechanismen und Strukturen von PESCO. Die Kritik an den militaristischen Strukturen der EU wird so konkreter und greifbarer. Die Broschüre soll Argumente gegen die zunehmende Militarisierung der EU liefern und einen Beitrag leisten, auch lokal über die Zusammenhänge aufzuklären.



Rechtsgutachten bestätigt: Europäischer Verteidigungsfonds ist illegal

Ein Rechtsgutachten (November 2018) des renommierten Rechtswissenschaftlers Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano (Universität Bremen) im Auftrag der GUE/NGL-Fraktion zeigt die Unrechtmäßigkeit des Europäischen Verteidigungsfonds (EVF) auf, unter anderem aufgrund von Artikel 41 (2) VEU. Die Einrichtung des EVF verstößt somit gegen den Vertrag der Europäischen Union.

Die Studie und das Rechtsgutachten können auf der Webseite www.ozlem-alev-demirel.de/material heruntergeladen werden. Druckexemplare können per E-Mail unter bestellungen@ozlem-alev-demirel.de bestellt werden.



**Frieden verteidigen
Abrüsten jetzt!**